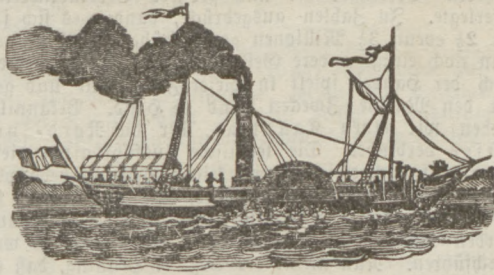


Danziger Dampfboot.

N^o. 76.

Donnerstag, den 30. März.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaisengasse Nr. 5, wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Metemeyer's Centr.-Ztg.- u. Annonc.-Büreau. In Leipzig: Illgen & Fort. S. Engler's Annonc.-Büreau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büreau. In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Die verehrten Abonnenten des **Danziger Dampfboots** werden ersucht, ihre Bestellungen auf dasselbe für das **Zweite Quartal 1865** rechtzeitig erneuern zu wollen. Der Abonnementspreis beträgt **hier** in der Expedition, wie **auswärts** bei jeder Kgl. Postanstalt pro Quartal **1 Thlr.** Zugleich erlauben wir uns, die Freunde und Gönner dieser **liberalen** Zeitung zu bitten, in ihren Kreisen die Aufmerksamkeit auf das **Dampfboot** freundlichst lenken zu wollen. Die Redaction.

Telegraphische Depeschen.

Wien, Mittwoch 29. März.

Das Abgeordnetenhaus ist in seiner heutigen Sitzung in die Spezialdebatte des Budgets für das Jahr 1865 eingetreten. Die Etats des Hofstaats, der Kabinettskanzlei, des Reichsraths, Staatsraths und Minister-raths wurden den Anträgen des Finanzausschusses gemäß und meist ohne Diskussion angenommen. Alsdann begann die Generaldiskussion über den Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Es sprachen die Abgeordneten Brinz, Rechbauer, Freiherr v. Tinti, Siskra, Berger, Schindler und v. Mühlfeldt. Die Redner der Opposition tadeln die Politik Oesterreichs in der schleswig-holsteinischen Frage, die Allianz mit Preußen, die Unterlassung der Vorlegung des Friedenstraktates mit Dänemark und wünschen die Herstellung besserer Beziehungen zu Italien. Dr. Berger will vom Jahre 1866 an eine Verminderung der Ausgaben für die Gesandtschaften in Rom und in Mexiko, sowie Auflassung der Gesandtschaften an mehreren deutschen Höfen, nämlich Baden, Hesse-Darmstadt und Hesse-Kassel. Tinti ist für einen größern Abstrich, aber für Gestattung von Revirements. Morgen wird die Debatte fortgesetzt werden.

Kopenhagen, Dienstag 28. März.

Die „Berlingske Tidende“ meldet: Dem Vernehmen nach haben der Kabinettschef Bluhme und die Minister Tellisch, David, Lütten und Quaade ihre Entlassung eingereicht. Soweit bekannt ist, hat der König das Gesuch noch nicht angenommen.

— Heute herrschte hier starker Sturm mit heftigstem Schneegestöber. Die Passage über den Belt ist heute, ebenso wie gestern, unmöglich. Die Eisenbahnfahrten sind in Folge Schneefalles theilweise gehemmt.

Kopenhagen, Mittwoch 29. März.

Wie ziemlich zuverlässig verlautet, haben alle Minister, mit Ausnahme der Minister des Krieges und der Justiz, ihre Demission eingereicht. Einem Gerüchte zufolge soll auch der Letztere besonders ein Gesuch um Entlassung eingereicht haben.

Paris, Mittwoch 28. März.

Dem heutigen „Moniteur“ zufolge ist der Marquis v. Lavalette (ehemaliger Botschafter in Rom und Mitglied des Senats) zum Minister des Innern und der bisherige Minister Doubet zum Senator ernannt worden.

London, Mittwoch 29. März.

Der Dampfer „Belgian“ ist mit Nachrichten aus Newyork vom 18. v. M. Abends in Cork eingetroffen. Man erwartete einen Angriff der Bundestruppen auf Mobile. Die Konföderirten machen die größten Bemühungen in Richmond eine aus Farbigen bestehende Armee zu organisiren.

Newyork, Sonnabend 18. März.

In der Botschaft des südstaatlichen Präsidenten Davis heißt es u. A.: Richmond schwebt in größter Gefahr denn je; die Aufhebung der Habeas-Corpus-Acte sei unerlässlich für den Erfolg des Krieges, um den Conflict bis zu einem endlichen Resultate durchzuführen. — Aus Pennsylvania wird von großen Ueberschwemmungen, namentlich in der Umgegend von

Harrisburg berichtet. — Sherman hat den östlichen Theil Südcarolina's verwüstet und die virginische Centraleisenbahn auf einer Strecke von 15 Meilen verwüstet.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

29. Sitzung am 28. März.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgten zunächst geschäftliche Mittheilungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbittet das Wort der Abgeordnete Dr. Kosch. Er richtet an den Präsidenten die Frage, was dieser in Folge des früheren Beschlusses des Abgeordnetenhauses in der Untersuchungssache wider die Abg. Dr. Müller und Genossen wegen Preßvergehens gethan habe. Es hat sich herausgestellt, daß der Präsident des Gerichtshofes in Königsberg i. Pr. von dem Beschlusse des Hauses, die Verhandlung des Prozesses zu sistiren, nicht rechtzeitig in Kenntniß gesetzt war, und nur auf eigene Entschliegung hin hat der Präsident des Gerichtshofes und der Staatsanwalt in Königsberg die in Rede stehende Verhandlung ausgesetzt.

Präsident Grabow: Ich habe den Beschluß des Hauses sofort dem Staatsministerium mitgetheilt, wie überhaupt meinerseits Alles geschehen ist, daß noch rechtzeitig das Königsberger Gericht von dem Beschluß des Hauses Kenntniß erhalten konnte. Ich bedauere übrigens, daß ich hier constatiren muß, daß das Präsidium dieses Hauses in derartigen Fällen nie Antwort auf seine Schriftstücke erhält.

Abg. Ipenplitz: Wenn es bekannt geworden wäre, daß hier heute die Sache zur Sprache kommen würde, so würde mein College, der Hr. Justizminister jedenfalls anwesend gewesen sein, um auf die Anfrage Auskunft zu geben. Ich stelle den ergebenen Antrag, dem Herrn Justizminister die Erklärung vorzubehalten.

Abg. Dr. Müller: Ich bedauere, daß meine Privatangelegenheit hier nochmals zur Sprache kommt. Ich habe hiervon nichts gewußt und kann nur mittheilen, daß das Königsberger Tribunal, wenn auch verspätet, informiert worden ist, und daß mir keine Veranlassung zur Beschwerde vorliegt. — Damit ist die Angelegenheit erledigt.

Der Handelsminister Graf Ipenplitz ergreift demnächst das Wort. „Auf Allerh. Ermächtigung in meinem Namen und im Namen meiner Herrn Collegen beehre ich mich dem hohen Hause einen Gesetzentwurf zu überreichen, in Betreff der gemeinnützigen Baugesellschaft zu Königsberg i. Pr. Es waltet in Königsberg i. Pr. ein Mangel an Arbeiterwohnungen und an Wohnungen für ärmere Volksklassen ob. Um diesem abzuhelfen, hat sich eine Actiengesellschaft gebildet, welche dergleichen Häuser baut und um billigen Zins vermiethet. Die Gesellschaft bittet ihre Gebührenfreiheit und damit die Stempelfreiheit zu bewilligen und sie verpflichtet sich, daß bei Auflösung der Gesellschaft nach Rückzahlung des Grundkapitals etwaige vorhandene Ueberschüsse zu wohltätigen Zwecken verwendet werden sollen. Der Gesetzentwurf geht an die Commission für Finanzen und Bälle.

Dann tritt das Haus in die Tagesordnung, die Berathung der Eisenbahnvorlagen. Zunächst erfolgt die Berathung des „präjudiciellen Antrages“ des Abg. Michaelis, welcher bekanntlich bezweckt, die Eisenbahnvorlagen so lange von der Tagesordnung abzusetzen, bis ein Etat zu Stande gekommen ist. Der Antragsteller ist am Erscheinen behindert, für ihn übernimmt der Mitanttragsteller Abg. Kloss die Begründung des Antrages. Der Antrag geht davon aus, daß es unzutraglich sei, den Staat mit neuen Lasten zu beschweren, so lange ein Etatsgesetz nicht zu Stande gekommen ist. Wir sollen Verpflichtungen für den Staat in einem Augenblicke übernehmen, wo diesem Hause die Mitwirkung an dem Etatsgesetz verümmert ist. Vor vollständiger Anerkennung des Budgetrechtes des Abgeordneten-

hauses sehen wir uns zur Gewährung von Anlehen und Zinsgarantien außer Stande. Nach den bis jetzt von der Regierung abgegebenen Erklärungen läßt sich auch das Zustandekommen eines Etatsgesetzes nicht erwarten. Was diejenigen Eisenbahnen anlangt, welche aus den laufenden Einnahmen gebaut werden sollen, so ist da das Etatsgesetz um so mehr abzuwarten. Wenn wir der Regierung Spezialkredite gewähren, so schädigen wir dadurch unter dem budgetlosen Zustand die Verfassung. Wir wissen sehr wohl, daß man diese Frage, welche die materiellen Interessen berührt, gegen uns ausbeuten wird, allein das Haus kann nicht anders. Es hat Alles vom Etatsgesetz abhängig zu machen. Die Spezialkredite sind für das Budgetrecht des Hauses das Gefährlichste; sie würden die Verfassung vernichten. (Beifall links.)

Abg. Wagener (Neustettin): Bleiben Sie auf dem von Ihnen eingenommenen Standpunkte in der Budgetfrage stehen, so haben Sie allerdings keine andere Wahl dem Antrage gegenüber, als ihn anzunehmen. Ihr Budgetstandpunkt führt dazu, daß abermals kein Etatsgesetz zu Stande kommen wird. Aber täuschen Sie sich nicht, das Land dürfte die prinzipielle Genugthuung nicht empfinden, die der Herr Vorredner vorauszuweisen scheint. Die Eisenbahnen werden im Lande gewünscht, und wie lange denken Sie wohl, daß im Volke die Klage über die Budgetlosigkeit noch andauern wird. Ich bitte Sie, lehnen Sie den Antrag ab, um Ihrer selbst willen. Wenn sich derartige Vorfälle noch öfter im Hause wiederholen, so wird bald die Gemüthslichkeit in diesem Hause verschwinden. (Geisterzeit.)

Abg. Meibauer: Wir sind zur Bewilligung von Anleihen unter den gegenwärtigen Umständen nicht einmal berechtigt. Wir machen, und mit Recht, diese Bewilligungen vom Etatsgesetze abhängig. Darum ist der Michaelis'sche Antrag nicht eine Verschärfung, sondern eine Milderung des Conflicts. Wir streben nach einem Etatsgesetze und Ausgleichung der Differenzen.

Abg. Hahn (Ratibor). Wären wir pessimistisch, so würden wir wünschen, daß Sie den Antrag annehmen. Da wir aber unsere Interessen denen des Landes hintanzusetzen, so bitte ich Sie den Antrag abzulehnen.

Handelsminister Graf Ipenplitz: Ich bin dem Hause dankbar, daß es heute, wenn auch spät in die Berathung der Eisenbahnangelegenheit getreten ist. Denn jetzt ist es Frühjahr und der Bau der Bahnen kann und muß beginnen. Ich bin in der Ueberzeugung bergegangen, daß die Staatsregierung die industriellen Interessen wahren muß, daß wir uns einigen müssen und einigen werden. Darum kann ich Ihnen nur im Interesse des Landes vor schlagen die Voranträge abzulehnen. Wer verwehrt Ihnen denn in die Berathung der einzelnen Gesetze einzutreten und je nachdem Sie es für gut befinden, sie anzunehmen oder abzulehnen. Aber in die Berathung der Vorlagen sollte das Haus doch wenigstens eintreten.

Regierungs-Commissar Ministerial-Direktor v. d. Necke: Es ist wiederholt auf den Ausbruch des Ministerpräsidenten: „Wir werden das Geld übernehmen, wo wir es finden“ hingewiesen worden. Ich kann Sie versichern, daß die Staatsregierung nicht Gelder, welche zu einem bestimmten Zweck bewilligt sind, zu anderen Zwecken verwendet.

Abg. Dr. Simson spricht gegen den Antrag, wir sollen ja nicht der Regierung, sondern dem Lande, die Gelder bewilligen. Wenn die Regierung wegen des budgetlosen Zustandes sich dahin entscheiden würde, alles was die materiellen Interessen des Staates fördern könnte, zu unterlassen, so würde mich das nicht in Erstaunen setzen; aber daß wir, die Landesvertretung, etwas beschließen, was den materiellen Interessen des Landes entgegen ist, wäre nicht anzurathen. Sie haben ja auch schon früher in den Vorjahren, wo wir uns in dem budgetlosen Zustande befanden, Eisenbahnanlehen bewilligt. Ich rathe Ihnen, lehnen Sie den Michaelis'schen Antrag ab, lassen Sie diejenigen Gesetzentwürfe,

welche Anleihen und Zinsgarantien verlangen und nehmen Sie den Antrag des Abg. v. Benda an.

Abg. v. Bockum-Dolfs. Ich werde für den Antrag Michaelis stimmen; selbst für den Fall, daß kein Staatsgesetz zu Stande kommt, können diejenigen Provinzen in denen die Eisenbahnen gebaut werden sollen, wenn sie so lange schon darauf gewartet haben, noch ein Jahr länger darauf warten. Der Antrag auf Schluß der Diskussion, der bereits mehrmals gestellt, aber immer abgelehnt wurde, wird nun angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Zum Schluß ergreift das Wort nochmals der Abg. Klob als Antragsteller. Er wendet sich gegen die Aeußerungen der conservativen Redner und erklärt sich nochmals für die Annahme des Antrags. Erklärungen über Anerkennung des Budgetrechts können dem Hause nichts nützen. Das Budgetrecht ist nur dann von der Regierung definitiv anerkannt, wenn ein Staatsgesetz zu Stande kommt. Das Abgeordnetenhaus hat kein anderes Mittel, sein verklärtes Recht wieder zu erlangen, als diesen Antrag. Wenn es um das verfassungsmäßige Recht des Landes Ernst ist, der kann nicht anders, als diesen Antrag annehmen.

Abg. Hoffmann (Oblau) beantragt Theilung des Antrages. Der Antragsteller erklärt sich gegen dieselbe. Dann tritt das Haus in die Abstimmung. Es ist wiederholt auf namentliche Abstimmung der Antrag gestellt. Bei derselben stimmen von 286 Anwesenden 108 mit Ja, und 178 mit Nein, der Antrag des Abg. Michaelis ist somit abgelehnt.

Das Haus tritt nunmehr in die Berathung des folgenden Gegenstandes des Berichtes der Handels- und Finanz-Kommission über den Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg wegen weiterer Entwicklung der durch den Kriegshafen-Vertrag vom 20. Juli 1853 begründeten Verhältnisse vom 16. Februar 1864 und über den Gesetzentwurf betreffend den Bau der Eisenbahn von Heppens nach Oldenburg.

Die vereinigten Kommissionen haben beantragt, das Haus wolle den Staatsvertrag nebst dazu gehörigem Schlußprotokoll berathen, die Beschlußfassung über die von den vereinigten Kommissionen empfohlene verfassungsmäßige Zustimmung aber aussetzen, bis das Gesetz über den Staatshaushalt für 1865 zu Stande gekommen ist.

Zur General-Diskussion nimmt zunächst das Wort Abg. Dr. Sneyt: Es ist heute wieder viel von Prophezeiungen die Rede gewesen. Es bestehe kein Zusammenhang zwischen Verfassungstreue und den Staatsverträgen, von denen hier die Rede sei. Das Budgetrecht sei dem Hause nicht gegeben, um Minister ein- und abzusetzen, sondern es sei verliehen, damit das Land in den Stand gesetzt sei, durch seine Vertreter eine Verminderung der Lasten anzustreben. Der staatsrechtliche Zweck der Budgetfrage sei die Abänderung des Budgets, Compromisse über Zahlen seien hierbei wohl möglich, nicht aber über Recht und Unrecht. Redner geht nun ausführlich auf die Budgetfrage, die Verpflichtungen des Staates u. s. w. ein. Im Verlaufe seiner Ausführungen unterwirft er den Steuererweiterungs-Beschluß der National-Versammlung einer eingehenden Kritik, indem er dieselbe ein Zeichen der Arzney nennt.

Abg. Blankenburg: Die Aeußerung, auf die sich Graf Schwerin mir gegenüber etwas zu gute that, „Wer sein Recht nutzt, tritt nie einem andern entgegen“, kann eben so gut umgekehrt werden, und man kann sagen: „Tritt dem Rechte des Andern immer entgegen“. Die Rechte, die dies Haus trinkt, sind die der Krone. Nach meiner Auffassung kann der Conflict nur durch einen Compromiß beigelegt werden, und zwar so, daß beide Theile ihr volles Recht behalten. (Gelächter.) Meine Herren! Hüten Sie sich, daß Ihnen, wie Schylock, nicht Alles entgehe. Das non possumus des Abg. Müller ist schon durch die erste Abstimmung gefallen, nehmen Sie die Vorlage an.

Abg. v. Hennig. Ich bin gegen den Vertrag und gegen die Anträge der Kommission. Ich vermag keine Vortheile darin zu finden. Die Natur setzt dem Projekt an der Zahl Hindernisse durch Sturmfluthen entgegen, welche alle unsere Mühen und Kosten vereiteln. Daß der Zudeben gegenüber der hohen Fluth und Ebbe zu einem Kriegshafen eingerichtet werde, halte ich für unmöglich, dazu die Hindernisse, welche Hannover bereitet. Ich glaube, es werden abermals und abermals Millionen auf Millionen in das Wasser geworfen werden und die Sachen nach Jahren doch auf demselben Fleck stehen. Wenn aber, was doch immer noch möglich, die Regierung eine gute Politik verfolgt, so wird sie im Stande sein, sich andere, bessere und billigere Kriegshäfen zu verschaffen. Der Vergleich des Hauses mit Schylock trifft nicht zu. Wir stehen nicht auf einem Schein, sondern auf einem fest gegründeten Recht; das Recht, das Schylock wollte, widersprach der Menschlichkeit und Sitte, widersprach dem Naturrecht; wir aber fordern das auf das Gesetz gegründete Recht. Das Pfund Fleisch will ich gern dem Abgeordneten für Cammin überlassen, der darnach ja so hungrig zu sein scheint. (Heiterkeit.)

Reg.-Commissar Oberst Scheuerle: Auf die Vorwürfe des Herrn Vorredners, daß alles Geld für den Zahdeben geworfen sei, habe ich nur zu erwidern, daß der Werth des Kriegshafens seiner Lage und der Beschaffenheit seiner Gewässer nach außer Zweifel steht, daß fast die einzige Unbequemlichkeit in seiner Lage auf fremdem Gebiete zu suchen ist, daß die Regierung durch zahlreiche Beobachtungen ihre Ueberzeugung gewonnen hat, und daß sie, wenn sie durch irgend etwas in derselben erschüttert worden wäre, nicht fortgesetzt neue Geldbewilligungen nachgefordert haben würde. Was die Beschädigungen durch die Sturmfluthen anbelangt, so kann dergleichen bei allen Wasserbauten eintreten, und für Verhinderungen durch außerordentliche Naturereignisse kann die Regierung nicht verantwortlich gemacht werden. Wenn nun endlich behauptet wird, daß ein

Kriegshafen am Ausgange eines großen Flusses liegen müsse, so kann ich, gestützt auf die Lage der festen Kriegshäfen in England und Frankreich, wo diese Bedingung fehlt, auch dem nicht beitreten. Der Norddeeben ist für Preußen von großer Wichtigkeit, da die Einfahrt in die Ostsee oft sehr schwierig ist. Die Landabtreitung von Seiten Oldenburgs ist jetzt so ausgedehnt, daß sie den Bedürfnissen der Befestigung von der Land- und See-seite vollständig genügt. Mehr wollte Oldenburg nicht abtreten, aber durch die detachirten Forts ist, wie gesagt, auch die Landseite vollkommen geschützt.

Handelsminister Graf Spenpitz: Meine Herren! Der gegenwärtige Vertrag mit Oldenburg ist, wie dies auch die Kommission anerkannt hat, durchaus vortheilhaft und unterscheidet sich dadurch wesentlich von dem früheren Vertrage, der uns größere Verbindlichkeiten auferlegte. In Zahlen ausgedrückt, handelt es sich jetzt um 2½ event. 3½ Millionen gegen früher 12 Millionen. Nun noch einige andere Gesichtspunkte. Meine Herren! Auch der Handel spielt in dieser Frage mit und geht mit den Marine-Zwecken Hand in Hand. Befanntlich streben wir einen Kanal an, der die Nord- und Ostsee verbindet. Die technische Ausführbarkeit dieses Kanals ist nachgewiesen; von keiner Seite ist behauptet, daß dieses Unternehmen ein übles, oder unmögliches sei, wohl aber, daß es ein gutes, ein großartiges genannt werden müsse und so denke ich, werden wir es wohl durchführen. Nun meint der Abg. v. Hennig, daß ein guter Kriegshafen nothwendig an der Mündung eines großen Flusses liegen müsse; aber gerade bei Gelegenheit dieser Kanalfrage sind mir aus Stettin von nautischen Sachverständigen eine Menge Urtheile zugegangen, die durchaus das Entgegengesetzte verlangen und mich bestürmen, daß der Kanal mit dem befestigten Hafen nicht in den großen Elbestrom, sondern in den kleinen Heppstrom ausmünde. Dies wird festgestellt werden und dann werden wir mit einer Vorlage vor das Haus treten. Wenn wir nun einen Kanal haben werden, der die Nord- und Ostsee verbindet, ohne, wie am Sund vor den dänischen Kanonen vorbeizuführen, dann wird dem Zahdeben eine noch größere Wichtigkeit als jetzt zuerkannt werden müssen. Die Kommission hat daher mit Recht den Vertrag mit Oldenburg einen guten genannt; aber diesem Vertrage zufolge müssen wir auch eine Eisenbahn anlegen und dazu gebrauchen wir Geld. Wir wollen dieses Geld, wie wir es für finanziell richtig halten, durch eine Anleihe beschaffen.

Abg. Frhr. v. Hoyerbeck: Meine Herren! Die Anträge der Kommission haben viel Aehnlichkeit mit dem Antrage des Abg. Michaelis. Auch sie empfehlen, die Beschlußfassung auszusetzen, bis das Budgetgesetz zu Stande gekommen ist. Nehmen wir nur den Vertrag mit Oldenburg an, so sind wir dadurch gebunden, auch die Mittel zur Anlegung der Eisenbahn zu bewilligen, welche die Regierung, wie wir gehört haben, mittelst einer Anleihe sich beschaffen will. Ich meine aber, daß es nicht möglich, dieser Regierung, welcher das Vertrauen des Hauses nicht zugestanden werden kann, solche Mittel zur Disposition zu stellen. Allerdings ist gesagt worden, daß wir schon durch den früheren Vertrag mit Oldenburg gebunden sind, eine Eisenbahn nach dem Zahdeben zu bauen, aber, meine Herren, die Verpflichtung ist durch den Einspruch Hannovers zur Unmöglichkeit geworden und wenn sie jemals wieder aufleben könnte, dann wird doch hoffentlich dieses Ministerium nicht mehr an seinen Plänen sitzen. — Die allgemeine Debatte wird hiermit geschlossen. — Es folgen persönliche Bemerkungen.

Ein Antrag auf Vertagung wird abgelehnt, da die Vorlage auf den Wunsch des Präsidenten heute noch erledigt werden soll. Dies geschieht, indem in die Spezial-Diskussion eingetreten wird, zu welcher jedoch das Wort nicht weiter ergriffen wird. Vielmehr werden sämtliche 26 Paragraphen des Vertrages mit Oldenburg und das Schlußprotokoll ohne Widerspruch genehmigt. Diese Annahme des Vertrages hat selbstverständlich nur einen eventuellen Character. — Schluß der Sitzung.

In der heutigen (30.) Sitzung des Abgeordneten-hauses, welcher die Minister Graf v. Spenpitz und von Selchow, sowie fünf Regierungskommissare beiwohnten, wurde die Debatte über die Eisenbahn-Angelegenheit fortgesetzt. Nach längerer Diskussion wurden die Gesetzentwürfe, betreffend den Bau von Eisenbahnen a) von Danzig nach Neufahrwasser b) von Heppens nach Oldenburg und die Anschaffung der zur Verrückung der Kosten des Grunderwerbes für die Berlin-Rüstriner Eisenbahn erforderlichen Geldmittel im Sinne des Verbesserungs-antrags des Abgeordneten v. Benda genehmigt; eben so wurde dem Staatsvertrage nebst Schlußprotokoll zwischen Preußen und Oldenburg wegen weiterer Entwicklung der durch den Kriegshafen-Vertrag vom 20. Juli 1853 begründeten Verhältnisse vom 16. Februar 1864 die Genehmigung erteilt. Dann tritt das Haus in die Berathung des Gesetzentwurfs über die Eisenbahn von Eriar nach Call.

(Ausführlicheres in dem nächsten Blatte.)

Berlin, 29. März.

— Die ministerielle „Provinzial-Correspondenz“ sagt in Bezug auf den letzten Bundesbeschluß: Preußen sei weit entfernt, die Erbansprüche des Erbprinzen von Augustenburg anzuerkennen. Wenn, wie es fast sicher sei, die erforderliche geordnete amtliche Prüfung auch keineswegs die Ansprüche der Einzelnen völlig anerkenne, so würden schließlich doch politische Rücksichten und das Gesamtinteresse der Herzogthümer, Preußens und Deutschlands bei der Entscheidung hauptsächlich ins Gewicht fallen. Wenn die Bundesversammlung ihr Ansehen nicht völlig durch nichtige Beschlüsse untergraben wolle, werde sie gut thun, den

ihr von Bayern und Sachsen angemutheten Beschluß bei der Abstimmung zurückzunehmen.

— Die Zahl der militairischen Bevölkerung in Berlin beträgt nach der nunmehr eingegangenen definitiven Feststellung: 1) actives Militair 18,218, 2) Militairangehörige 4,428, zusammen 22,646 Seelen (gegen 22,626 im Jahre 1861). Da die Civilbevölkerung 609,749 Seelen beträgt, so ist die Totalsumme der Bevölkerung in Berlin 632,395 Seelen.

Wien, Am 19. März ist gutem Vernehmen nach eine Depesche von hier nach Berlin abgegangen, in welcher das österreichische Cabinet die Frage zur Erwägung stellt: ob es nicht angemessen sein würde, daß Oesterreich und Preußen sich der Abstimmung über den demnächst am Bunde zu erwartenden kaiserlich-sächsischen Antrag enthielten. Eine Antwort des Berliner Cabinets auf diese Depesche ist noch nicht eingegangen. Unter dem Datum vom 21. oder 22. März ist sodann ein Rundschreiben an die übrigen deutschen Bundesregierungen erlassen worden, welches denselben kundgibt, daß Oesterreich, falls auch Preußen sich einverstanden erkläre, an der gedachten Abstimmung sich nicht theilnehmen werde, und welches weiter freilich nicht den betreffenden bayerisch-sächsischen Antrag direct unterstützt und empfiehlt, aber doch sehr deutlich durchblicken läßt, daß seine Annahme hier nur erwünscht sein könne.

Vocales und Provinziales.

Danzig, den 30. März.

[Stadtverordneten-Sitzung am 28. März.]

(Fortsetzung.)

Der folgende Gegenstand der Tages-Ordnung: „Bauliche Veränderung im Rathhause“ veranlaßt eine längere sehr lebhasse Debatte. Wir entnehmen dem Plan der beabsichtigten Veränderung Folgendes: Der Magistrat glaubt annehmen zu dürfen, daß der jetzige Zustand der Räumlichkeiten des Rathhauses für dienliche Zwecke als ein durchaus unzureichender erkannt werden müsse. Die Mängel bestehen, wie gesagt wird, hauptsächlich darin: 1) daß die Kämmerkassette und Depositalkassette, also gerade die Verwaltungszweige, welche von dem Publikum in ausgedehntem Maße besucht werden in der dritten Etage belegen und nur durch eine Treppe zugänglich sind, welche gleichzeitig den Verkehr mit den übrigen Büreaus vermittelt und deren Construction einer lebhaften Passage große Hindernisse bereitet; 2) daß die Räume nicht ausschließlich zur Disposition stehen, sondern daß darin bei dem Mangel anderweiter geeigneter Räumlichkeiten auch die zahlreichen Pöcitionstermine abgehalten werden müssen, was mit großen Störungen für den Kassenverkehr verbunden ist; 3) daß für die besetzten Mitglieder des Magistrats und insbesondere den Oberbürgermeister selbst Arbeitsräume fehlen, so daß letzterer genöthigt ist, seinen Platz bald in dem Stadtverordnetensaal, bald in dem Sitzungssaal des Magistrats zu nehmen; 4) daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Beaufsichtigung der Büreaus und die Leitung der und dem Chef der Behörde sich centralisirenden Verwaltung über alles Maß erschwert werde und 5) weil es an ausreichenden Localitäten für die zahlreichen Sitzungen der Verwaltungs-Deputationen und Commissionen fehle. — In Folge dieses Mangels beantragt der Magistrat, daß die Geschäfts- und Arbeitsräume möglichst in der dritten Etage des Rathhauses vereinigt werden, während das Erdgeschos für die Kassenverwaltung hergerichtet, das Mittelgeschos aber in seinen Haupträumen nur für die Sitzungen der Stadt-Verordneten, des Magistrats und der Deputationen reservirt wird. Die projectirte Benutzung des dritten Stockwerkes setzt aber voraus, daß das zur Zeit in demselben befindliche Archiv in dem obersten, bis zum Anfange dieses Jahres als Polizei-Gefängniß benutzten Geschos untergebracht werde. Die drei hofseitigen Flügel dieses Geschosses bieten dazu ausreichenden und geeigneten Raum, sofern sie nach entsprechender Erhöhung der nach dem Hofe zu belegenden Umfassungswände in leichten Kappen auf eisernen Trägern eingewölbt und dadurch möglichst feuerfest gemacht werden. Wenn gleichwohl die Kosten des Ausbaues in den anliegenden Anschlägen auf 15,000 Thlr. berechnet seien, so habe dies seinen Grund darin, daß in den Anschlägen nicht bloß auf eine Herrichtung der Räume zum dienstlichen Gebrauch Bedacht genommen sei, sondern daß dieselben wesentlich auf die Restauration der ursprünglichen Schönheit dieser oft ganz verwahrlosten Räume berechnet seien. Mit dem Umbau wird zugleich die Einrichtung einer Wasserheizung beantragt. Die Kosten des Umbaus werden auf 15,000 Thlr., die der Einrichtung einer Wasserheizung auf 13,000 Thlr. angegeben. In den auf 15,000 Thlr. veranschlagten Kosten des Umbaus sind die Kosten für die Herstellung von Orten aufgeführt, welche bei der Einrichtung der Wasserheizung fortfallen. Der Magistrat stellt danach den Antrag: „Die Stadt-Verordneten-Versammlung wolle 1) sich mit dem nach Maßgabe der vorgelegten Anschläge und Zeichnungen projectirten Einrichtungsbaue einverstanden erklären; 2) die Baudeputation ermächtigen, mit dem Fabrikanten Heckmann in Berlin wegen Herstellung einer Warmwasserheizung in dem Rath- und in dem Servis-Gebäude hieselbst gegen Zuficherung einer Summe von 13,000 Thlrn. Contract abzuschließen und 3) der Baudeputation zur Ausführung des Baues im Falle der Annahme des Antrags ad 2 den Betrag von 14,600 Thlrn., im Falle der Ablehnung des Antrages ad 2 aber den Betrag von 15,500 Thlrn. zur Disposition zu stellen.“

Nachdem der Herr Vorsitzende die Debatte für eröffnet erklärt hat, ergreift zuerst Herr Lebens das Wort. Er wolle, sagt er, seine Meinung nur zu dem Zwecke aussprechen, um seine Abstimmung zu rechtfertigen; er

trete dem Project entgegen und zwar aus finanziellen Gründen. Man würde vielleicht entgegen, daß er hierin zu ängstlich verfähre. Sei das Bild unserer städtischen Finanzen ein in jeder Beziehung erwünschtes, so würde er nicht gegen den Ausbau der schönen Räumlichkeiten haben. Man möge aber nur erwägen, was für Verpflichtungen an Ausgaben die Commune schon auf sich habe. Da seien für Schulzwecke 60 bis 70,000 Thlr. erforderlich, der Ausbau des Franziskanerklosters erfordere eine bedeutende Summe; man müsse sich auch in Betreff der Lazareth-Angelegenheit auf die Ausgabe einer namhaften Summe gefaßt machen. Dazu sei es nicht unmöglich, daß noch im Laufe dieses Jahres die 100,000 Thlr. zum Bau der Eisenbahn nach Neufahrwasser gezahlt werden müßten. Der Kommune sei es nicht möglich, so große Lasten aus den laufenden Einnahmen zu decken. Die Einnahmen des vorigen Jahres seien schon nicht genügend gewesen, und die des nächstfolgenden würden sich vielleicht noch ungünstiger gestalten. Man müsse dahin streben, erst aus den übernommenen Verpflichtungen heraus zu kommen, ehe man neue übernehme. Die Kosten der beabsichtigten baulichen Umänderung seien auf etwa 30,000 Thlr. veranschlagt. Diese Summe aber würde gewiß nicht ausreichen. Es würden, wenn das Project zur Ausführung gelange, nicht unerhebliche Nachbewilligungen nöthig werden. Die gegenwärtige Zeit sei nicht so günstig, um dem Project das Wort zu reden. Noch viel weniger sei der Zustand der Kommunal-Kassen ein so blühender, daß er dazu auffordere. Herr Viber, der hierauf das Wort ergreift, erklärt, daß er für beide Anträge stimmen werde. Der Herr Vorredner habe, was das Technische der Anträge anbelange, kein Wort verloren, er habe sich nur über die städtischen Finanzen verbreitet. Dieser Umstand sei nun aber den Anträgen des Magistrats äußerst günstig. Denn aus dem Bericht über den Final-Abschluß der Kammer-Haupt-Kasse habe die Versammlung so eben erfahren, daß wir in unseren städtischen Finanzen weiter gekommen. Es seien aus den laufenden Einnahmen die Schule in der Böttchergasse, die Milch-Kannenbrücke erbaut und der Anker-Schmiede-Thurm restaurirt worden. — Was den finanziellen Theil der Angelegenheit anbelange, so sei in keiner Weise Grund vorhanden, irgendwie schwarz zu sehen. Ueberdies liege der pecuniäre Vortheil der Wasserdampf-Heizung auf klarer Hand. Wollte man aber auch nicht sein Augenmerk auf den Vortheil richten, so würde man doch hinreichende Veranlassung haben, für den Magistratsantrag zu stimmen. Denn vor allen Dingen sei nöthig, daß dem Herrn Oberbürgermeister im Rathhause ein Arbeitsraum hergestellt werde. Jetzt habe er in demselben einen solchen nicht. Seine solche Vernachlässigung sei nicht länger zu dulden.

(Schluß folgt.)

† Nächsten Sonnabend wird der Geburtstag des Herrn Ministerpräsidenten von Bismarck in Vertrauensfreier gefeiert werden.

— [Concert.] Misla Hauser, der berühmte Geigenpieler und Weltreisende, der in vergangener Saison in Berlin 23 von großem Erfolg begleitete Conzerte gab und einzigmal am Königl. Hofe spielte, wird nächsten Sonnabend auch in unserer Stadt auftreten. Hauser nahm seinen Weg weit über die Grenzen Europas hinaus, denn nicht nur ganz Nord-, Süd-, Centralamerika, Mexico, Californien, Australien, Indien und den Orient durchzog er gleich einem Boten der Mufen, sondern auch jene mächtigen Gestirne des stillen Ozeans, deren Bewohner zuvor wohl nie den Tönen einer Geige gelauscht. Bald zeigte er seine Kunst in San Francisco und rettete durch sein Spiel die Tänzerin Lola Montez von der Wuth eines aufgeregten Partierpublikums, bald in Lima vor den reizenden Creolinern die ihm entzückt ihre Blumen zuwarfen, bald auf Tahiti vor der Königin Pomare und ihrem wunderlichen Hofstaat. Seit seiner Rückkehr nach Europa feierte er in Paris, der Schweiz, Italien und Deutschland die größten Erfolge. König Victor Emanuel ernannte ihn zum Ritter des heil. Mauritius- u. Lazarus-Ordens, und der Herzog von Sachsen-Meinungen verlieh ihm den Genuß seiner Hausorden. Seine letzten Erfolge datiren von Hamburg, wo er im Stadttheater in acht glänzenden Conzerten auftrat. Hören wir die Hamburger Nachrichten darüber. Das Abschiedsconcert des Herrn Misla Hauser wird Allen, welche dasselbe gehört, unvergänglich bleiben. Die stürmischen Applause der ganzen Versammlung sind dem Künstler Bürge dafür. Wie Schlegel von der Cither Arions kann man von Hauser's Geige sagen: „sie lebt in seiner Hand.“ Bei den Liedern ohne Worte, und der Romanze von Beethoven, wo unter des Künstlers genialen Vogenstrichen die Saiten wie Menschenstimmen singen, wird man zu immer neuem Staunen hingerissen; dabei sind die Töne bei aller Kraft so wunderbar geschmeidig, glöckchenrein und zart, das ganze Spiel so einfach und herzlich, daß der reine Kunstgenuß nirgends, wie sonst so häufig, durch virtuose Ränkelei getrübt wird. Schade, daß der große Geiger hier nicht ferner auftreten will.

— [Englische Gerichtsloste.] Gegen die Rbeder des hiesigen Schiffes „Freiherr Otto von Manteuffel“ wurde Anfangs vorigen Jahres in London ein Prozeß von dem Steuerbeamten Adams angestrengt, der beim Hinabsteigen vom Schiffe mit der Sturmlleiter auf die langst des Manteuffel liegenden Balken gefallen war, sich dabei nicht unerheblich verletzt hatte und die Ursache dieses Unfalls der Nachlässigkeit der Schiffsmannschaft zuschrieb. Für dreimonatliche Behinderung am Dienst, Kurkosten u. verlangte der Adams eine Entschädigung von £ 150 (1000 Thlr.) Nachdem der Prozeß mehrere Male aufgeschoben worden, weil das Schiff inzwischen Reisen nach verschiedenen Gegenden gemacht, wurde über denselben Anfangs dieses Jahres in dem Gerichtshof, genannt Queens Court, verhandelt. Die Jury verurtheilte die Rbeder zu einer Entschädigung des Klägers im Betrage von £ 60 (400 Thlr.) und in die Kosten des Prozeßes, welche an Anwälte und Gericht ausmachen:

seitens des Verteidigers der Rbederei, der im Ruße steht, einer der solidesten und billigsten Rechtsanwülte in London zu sein . . . £ 51. 4. 4.
seitens des klägerischen Anwalts . . . £ 128. 2. 10.
zusammen £ 179. 7. 2.

Nachdem die letztere Rechnung von der ständischen Taxenprüfungs-Kommission (taxing offices) untersucht worden, ist von den £ 128 2. 10. die Summe von £ 17. 7. 4. als ungehörlich berechnet gestrichen worden — die Gesamtkosten, welche die hiesige Rbederei zu zahlen hat, belaufen sich demnach bei einem Klageobjekt von 1000 Thlr. auf £ 161. - 10 d. oder zum jetzigen Course auf Eilf hundert Thaler Preußisch Courant!!!

† Wie wir erfahren, wird Herr Körner das große ihm gehörige Apothekengebäude (die Rathsapothek) noch um zwei Stüd erhöhen lassen.

†† Morgen werden die Damen Reisinger u. Bachmann zum letzten Male im Selsonke'schen Locale auftreten. Die große Theilnahme, welche sich dieselben durch ihre Kunstfertigkeit bei dem hiesigen Publikum erworben, stellen einen sehr zahlreichen Besuch in Aussicht.

§§ Ein vielfach bestraffter Arbeiter kam heute Vormittag in ein Bureau des Magistrats und verlangte daselbst von dem Beamten auf eine stürmische Weise eine Unterstützung. Als er abschlägig beschieden wurde, machte er solchen Lärm, daß ein Polizeibeamter requirirt werden mußte. Er widerlegte sich hartnäckig, ehe es gelang, ihn nach dem Gefängniß zu bringen.

§§ Gestern Nachmittag kam ein unbekannter Mann nach einem Hufaren-Stalle und erbat sich von dem anwesenden Sergeanten einen Trunk Wasser. Nachdem sein Wunsch erfüllt war, verstarb derselbe plötzlich.

— Der bisherige Kreisrichter Leyde zu Rosenberg in Weßpr. ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Pr. Stargardt und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Pr. Stargardt, ernannt worden.

† Heute Nacht zwischen 11 und 12 Uhr war ein bedeutender Feuerschein nach der großen Werderseite hin sichtbar.

Königsberg. Der hier gegenwärtig versammelte landchaftliche Landtag hat einen für den ländlichen Grundcredit der Provinz höchst wichtigen Beschluß gefaßt, dessen Beschäftigung seitens der Staatsregierung den meisten Gutsbesitzern einen Blick in eine sorgentriener Zukunft eröffnen möchte, nämlich: statt der Hälfte des Taxwerthes der Landgüter sollen künftig 2/3 auf alle ländlichen Besitzungen an Landchaftskapitalien hergegeben und 1/3 mit 4, 1/2 mit 5 Prozent verzinst werden; dieses 1 Prozent mehr für das letzte Sechstel soll lediglich zur Amortisation verwendet werden. (Pr.-Lit.-Bzg.)

— Die Wahl des Oberlehrers Lehnerdt am Friedrichs-Kollegium zu Königsberg i. Pr. zum Direktor des Gymnasiums in Thorn ist bestätigt worden.

Der Polenprozeß.

Berlin, 27. März.

In der heutigen Sitzung wurde in den Special-Verhandlungen fortgefahren. Der Particulier Tbadäus v. Zaraczewski, 27 Jahre alt, hat sich am 13. April 1863 am Stabsoberwoer Zuge betheiligt, von dem er sich wegen Streitigkeiten mit dem I. Serie angeklagten Dehnel entfernte, in das Taczanowski'sche Corps eintrat und als Kavallerie-Officier mehrere Gefechte mitmachte. Der Angeklagte bestreitet diese Thatsachen im Allgemeinen nicht, wohl aber jede feindliche Absicht gegen Preußen. — Der Rittergutsbesitzer Sigismund v. Zaraczewski (in Ser. I. in contumaciam zum Tode verurtheilt), Bruder des vorher genannten Angeklagten, 29 Jahre alt, wird von der Anklage als eines der thätigsten Organe des Posener Comités im Kreise Schrimm geschilbert, dem er nach der Dzialynski'schen Briefstasche als Kriegskommissar vorkam. Der Angeklagte räumt ein, daß er zwar, wie fast jeder Pole, sich an der Sammlung von Beiträgen betheiligt habe, stellt aber in Abrede, daß er dabei irgend welches Amt innerhalb der Organisation verwaltet habe, daß ihm aber auch die Möglichkeit dazu benommen gewesen sei, da über dreißig Haus-suchungen bei ihm stattgefunden hätten. — Der Angeklagte, Gutsbesitzer Boleslaus v. Seforski, 24 Jahre alt, soll sich an Waffensendungen für die Insurgenten betheiligt und außerdem den Wirtschaft's-Inspector Karge und den Bedienten Ignac Wialecki aufgefordert haben, zu den Insurgenten zu gehen. Der Angeklagte bestreitet diese Beschuldigungen. — Der Rittergutsbesitzer Ernst v. Swinarski auf Kruszewo, 40 Jahre alt, soll nach der Dzialynski'schen Briefstasche Kriegs-Kommissar für den Kreis Czarnikau gewesen sein. Der Angeklagte führt aus, daß, wenn die Oberstaatsanwaltschaft sich näheren Aufschluß über seine Verhältnisse verhofft hätte, sie von jeder Anklage Abstand genommen haben würde, da er zur Zeit des Aufstandes schon seit vielen Jahren krank gewesen sei und auf Krücken habe gehen müssen. Dagegen gibt er zu, 2 Kisten mit Waffen, die als Eisenwaaren declarirt gewesen, im Auftrage eines Freundes an sich genommen zu haben. — Der Graf Victor Szoldorski zu Czacz (Kreis Kosten) 48 Jahre alt, ist beschuldigt, angeworbene Ausländer und Zuzüger in Brodowo aufgenommen, befristigt und ausgerüdet, auch Kriegsmaterial verborgen zu haben. Der Angeklagte, welcher früher Krankheit halber aus der Haft entlassen wurde und dann, als er wieder verhaftet werden sollte, flüchtig geworden war, erklärt, daß seine Krankheit, welche ihn seit sehr vielen Jahren am Gehen hindere, genügenden Beweis dafür liefere, daß er weder an dem politischen Aufstande noch an irgend welcher Organisation Theil genommen habe; er stellt deshalb jeden Belastungs-Moment in Abrede.

Vermischtes.

** Ueber den Rechnungsabluß der Gothaer Lebensversicherungsbank für 1864 verlautet, daß derselbe sich günstiger als in irgend einem der früheren Jahre gestaltet. Der Zugang an neuen Versicherungen erreichte die Höhe von 4 1/3 Million Thaler, die Ausgabe für Sterbefälle blieb um nicht weniger als 138,000 Thlr. unter der rechnungsmäßigen Erwartung. Der Zugang dauert in steigendem Verhältnisse auch im neuen Jahre fort, so daß der Versicherungsbestand bereits auf 47 Millionen Thaler und der Capitalfonds, fast nur in Hypotheken von Landgütern angelegt, auf 12 3/4 Million Thaler sich erhoben hat. Die Versicherten, welche mit dem wachsenden Umfange der Anstalt durchschnittlich immer höhere Dividenden empfangen, erhalten jetzt 38 Prozent ihrer Beiträge zurück, wodurch der Versicherungsaufwand auf ein ungemein niedriges Maas sich herabstellt.

** Berlin. Eines der ältesten Berliner Vergnügungslokale, der sogenannte „Hofjäger“, wird eingehen, indem es vor einigen Tagen für 150,000 Thlr. von einem Herrn erworben worden ist, der sich dort eine glänzende Villa bauen lassen will.

** Berlin. Der hiesige zoologische Garten hat vor kurzem einen Verlust erlitten. Der erst vor 3 Jahren erworbene Leopard hat nämlich seinen eigenen Schwanz zur Hälfte aufgefressen und ist daran gestorben.

** Im Jahre 1845, dessen Frühling dem jetzigen gleich, hieß es in einem Frühlingsliede:

Luftig weift mit Schnee ihr Kinder,
Nacht von Schnee euch einen Mann,
Kalte Luft ist viel gefünder;
Denn der Frühling naht heran.
Luftig leg' sich der zu Bette,
Der vor Kälte schlafen kann.
Wenn ich doch zwölf Peize hätte —
Denn der Frühling naht heran.

** Ueber die Exaltation, welche im Dänischen Volke noch fortwährend gegen alles Deutsche obwaltet, wird den „H. N.“ folgende Geschichte mitgetheilt: Ein Südschleswiger Gutsbesitzer hatte zu einer in Middelshart auf Föhnen angekündigten Auction von Militärpferden seinen Verwalter geschickt, um dort mehrere Pferde zu kaufen. Als einige Preußische Deutepferde vorgeführt wurden, erhob sich unter dem Publikum Pfeifen und Schreien, die Pferde wurden mit Schmutz beworfen und, was noch das Beste war, fanden keine Käufer, so daß der Schleswiger sie für sehr billige Preise erstehen konnte. Er hatte dann noch die allerdings nicht leichte Aufgabe, die Pferde fortführen zu lassen, wobei sich der erste Vorgang wiederholte.

Meteorologische Beobachtungen.

29	4	333,04	1,0	MD. mäßig, bewölkt.
30	8	334,68	1,2	MD. do. do.
	12	335,42	3,0	do. do.

Fürsen-Verkäufe zu Danzig am 30. März.

Weizen, 150 Last, 132 pfd. fl. 440; 129, 129. 30 pfd. fl. 405, 420; 128. 29 pfd. fl. 410; 125. 26 pfd. fl. 385; 123. 24 pfd. fl. 369. Alles pr. 85 pfd.
Roggen 120 pfd. fl. 228; 124 pfd. fl. 240; 127, 127. 28 pfd. fl. 246 pr. 81 pfd.
Weiße Erbsen fl. 270, 282, 300 pr. 90 pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 30. März.

Weizen 120—130 pfd. bunt 55—68 Sgr.
120—132 pfd. hellb. 58—72 Sgr. pr. 85 pfd. 3.-G.
Roggen 120—130 pfd. 38—42 Sgr. pr. 81 pfd. 3.-G.
Erbsen weiße Koch- 48—52 Sgr. } pr. 90 pfd. 3.-G.
do. Futter- 43—47 Sgr. }
Gerste kleine 106—112 pfd. 28—32 Sgr.
große 112—118 pfd. 32—35 Sgr.
Hafer 70—80 pfd. 23—26 Sgr.
Spiritus 13 1/2 Thlr.

Gegen Zahnschmerz

empfeilt zum augenblicklichen Stillen „Apotheker Bergmann's Zahnwolle“ à Hülse 2 1/2 Sgr.
J. L. Preuss, Portschaisengasse 3.

Das Neustädter Kreisblatt

erscheint jeden Sonnabend und kostet bei allen Post-Anstalten jährlich 16 1/2 Sgr. Anzeigen (pro Zeile 1 1/2 Sgr.) finden durch dasselbe im hiesigen Kreise die größte Verbreitung, da in jeder Ortschaft mehrere Exemplare gehalten werden.

Die Expedition des Neustädter Kreisblatts.

H. Brandenburg.

Im Apollo - Saale des „Hôtel du Nord.“
Sonnabend, den 1. April c., Abends 7 Uhr:

CONCERT

des Violin-Virtuosen **Miska Hauser**,
unter gefälliger Mitwirkung
des Königl. Musik-Direktors Herrn Markull,
des Herrn Louis Haupt etc.
Billete à 20 Sgr. sind in der F. A. Weber-
schen Musikalien-Handlung zu haben.
Kassenpreis 1 Thlr.

Aprilscherze und Aprilbriefe
empfiehlt **J. L. Preuss**, Portschaisengasse 3.



MEDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES
INDUSTRIELLES DE PARIS

Keine grauen Haare mehr!
Melanogène
von **Dioquemare** aus in Rouen
Fabrik in Rouen, rue St-Nicolas, 39.
Um augenblicklich Haar und Bart in
allen Nüancen, ohne Gefahr für die Haut
zu färben. — Dieses Farbmittel ist das
Beste aller bisher da gewesen.
En-gros-Niederlage bei
Fr. Wolff und Sohn Hoflief. in Carlsruhe.

Stadt-Theater zu Danzig.

Freitag, den 31. März. (Abonnement suspendu.)
Benefiz für Fräul. Fren,
unter gefälliger Mitwirkung der Kgl. Kammerfängerin
Frau Tuczef-Herrenburger.
Marie, oder: Die Regimentsstochter.
Romische Oper in 2 Akten von Donizetti.
Hierauf: Die Hochzeit des Figaro.
(Dritter Akt.) * * Suzanne. Frau Tuczef-Herrenburger.
Sonnabend, den 1. April. (Abonnement suspendu.)
Erstes Auftreten
der kaiserl. Hofschauspielerin **Frl. Hedwig Raabe,**
vom Hoftheater in St. Petersburg.
Der Pariser Augenichts.
Luftspiel in 4 Akten von Dr. Carl Köpfer. Vorher:
Feuer in der Mädchenschule.
Luftspiel in 1 Akt nach dem Französischen von Förster.
* * Louis } Fräul. Hedwig Raabe.
* * Marie }

Preussische Hagel-Versicherungs-Actien-Gesellschaft.

Genehmigt von des Königs von Preussen Majestät unterm 6. Juli 1864.
Emittirtes Grundcapital 750,000 Thaler,
welches bis auf **Zwei Millionen** erhöht werden kann.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniss, dass wir dem Herrn **A. J. Wendt**
in **Danzig** eine **General-Agentur** für die Provinz **Westpreussen** mit
der Befugniss übertragen haben, Versicherungs-Anträge rechtsgiltig in unserm Namen
abzuschliessen und empfehlen denselben, sowie dessen Special-Agenten dem landwirth-
schaftlichen Publikum zu diesem Behufe hiermit angelegentlichst.

Berlin, am 25. März 1865.

Die Direction der Preussischen Hagel-Versicherungs-Actien-Gesellschaft.
Fritzschen.

Auf obige Bekanntmachung höflichst Bezugnehmend, empfiehlt sich der unter-
zeichnete **General-Agent**, sowie die näher bezeichneten sonstigen Vertreter zur
Vermittelung und Ausführung von Hagel-Versicherungen bei obiger Gesellschaft dem
landwirthschaftlichen Publikum ergebenst. Die Gesellschaft gewährt dem Versicherten:

- 1) **billigere Prämie** als bei sämtlichen Actien-Gesellschaften,
- 2) nach §. 20. des Statuts, **Antheil am Geschäftsgewinn,**
- 3) Sicherheit für **volle und prompte** Entschädigung im Schadenfalle
bis $\frac{1}{15}$ herunter,
- 4) gleiche Prämiensätze für **Halm- u. Hülsenfrüchte incl. Lupinen.**

Zu jeder näheren Auskunft, sowie zur persönlichen Aufnahme von Versicherungs-
Anträgen sind stets bereit.

Danzig, den 27. März 1865.

Der Haupt-Agent

Th. Tesmer,

Langgasse No. 29.

Der Agent **August Schwaan**, Röpergasse No. 17,

„ „ **C. H. Döring**, Brodbänkengasse No. 31.

Der General-Agent

A. J. Wendt,

Heil. Geistgasse No. 93.

Behufs Uebnahme von Agenturen in Städten und Ortschaften der Provinz West-
Preussen für die

Preussische Hagel-Versicherungs-Actien-Gesellschaft

bitte ich, sich an mich wenden zu wollen.

Danzig, den 27. März 1865.

A. J. Wendt, Heilige Geistgasse No. 93.

Kieler Zeitung.

Die „**Kieler Zeitung**“ erscheint täglich Morgens 6 Uhr, wird mit der ersten Post versandt
und kostet pr. Quartal in Kiel 2 $\frac{1}{2}$ 8 $\frac{1}{2}$ bei allen inländischen Postanstalten, in Hamburg
und Lübeck incl. Postaufschlag 3 $\frac{1}{2}$, bei den übrigen deutschen Postanstalten 1 $\frac{1}{2}$ Pr. Thlr.
Die Zeitung stellt sich die Aufgabe einer „**Allgemeinen Landeszeitung**“ der Herzogthümer
Schleswig-Holstein. Sie erstattet nicht nur übersichtlich und sorgfältig Bericht über die
politischen Ereignisse, sondern sammelt und registriert alle Nachrichten, welche neue
Beiträge zur Kunde von den Zuständen unserer Herzogthümer enthalten. In eignen
selbstständigen Artikeln macht sie ihre Ansicht über die wichtigsten politischen und volks-
wirthschaftlichen Fragen, vor allem aber die Neugestaltung des Staats Schleswig-Holstein von
dem Standpunct einer deutschen Politik geltend. In telegraphischen Depeschen bringt
sie die neuesten Nachrichten. Der „**amtliche Theil**“ der Zeitung enthält die Verordnungen
und Bekanntmachungen für beide Herzogthümer. In dem Abschnitt „**Volkswirtschaftliches**“
wird zusammengestellt, was für unsern Handel und für unsere Industrie, Schiffahrt
und Landwirthschaft besonderes Interesse hat und die neuesten Handelsberichte werden
regelmässig mitgetheilt. Das **Feuilleton** liefert Erzählungen, kritische Aufsätze und kurze Mit-
theilungen. Im **Anzeigen-Theil** werden wöchentlich Register der Proclamata, Vacanzen,
öffentlichen Verkäufe, Verpachtungen, Familiennachrichten und ausser den Kieler
Local-Anzeigen viel Anzeigen von allgemeinem Interesse publicirt. Die Spaltzeile Inserat
kostet 2 $\frac{1}{2}$ Crt. per Zeile.

Es wird ergebenst gebeten, die Abonnements-Bestellungen auf die „**Patriotische Zeitung für**
Posen und Westpreußen“ für das am 1. April beginnende Quartal rechtzeitig auswärts bei der
zunächstliegenden Postanstalt zu machen. Die Zeitung, die täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und
Festtagen erscheint und eine conservativ-constitutionelle Richtung hat, enthält erläuternde Leitartikel über die jedes-
maligen Tagesfragen, gute und mannigfaltige Correspondenzen, unter denen besonders die aus guter Quelle
kommenden Berliner, Posener, Warschauer u. s. w. Briefe hervorzuheben sind und eine rasche, mannigfaltige und
übersichtliche Zusammenstellung der Tagesneuigkeiten, wobei den provinziellen und örtlichen Zuständen besondere
Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die wichtigsten Nachrichten erhält die Zeitung durch den Telegraphen. Handel,
Gewerbe und Landwirthschaft finden besondere Berücksichtigung; für eine interessante und belehrende Unterhaltung
wird durch Feuilleton-Artikel Sorge getragen. Der Preis der Zeitung ist für Bromberg 25 Sgr. und für alle
anderen Orte der preussischen Monarchie 1 Thlr. vierteljährlich. Inserate werden die Zeile mit 1 $\frac{1}{2}$ Sgr. berechnet.
Indem wir zum rechtzeitigen Abonnement einladen, bitten wir zugleich unsere politischen Freunde, für die Ver-
breitung der Zeitung im Interesse der guten Sache geneigt mitwirken zu wollen.
Bromberg, im März 1865.

Die Expedition.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.

Glabrenner's Berliner Montags-Zeitung

zählt gegenwärtig zu den beliebtesten und geachtetsten
Zeitungen Berlins. Sie geht Sonntag Abend mit
den Posten ab, so daß sie schon Montags früh —
zur Zeit ihres Erscheinens in Berlin — in Händen der
meisten auswärtigen Abonnenten ist.

Sie bringt die neuesten Mittheilungen aus den Hof-
und Regierungskreisen, aus den Kammern, dem Leben
und Treiben der preussischen Residenz, Kunst- und Theater-
Berichte u.

Sie enthält ferner: die Sonntags eintreffenden
Tel. Depeschen und neuesten politischen Nach-
richten;

Novellen und zeitgemäße humoristische Artikel von
bewährten Schriftstellern;

Kleine Zeitung: interessante Mittheilungen von
nah und fern;

Als apartes Feuilleton bringt sie den berühmten

Humoristisch-witzigen Zeitspiegel: „Die Wahrheit“

redigirt von Dr. Münchhausen.

Man pränumerirt bei allen Postanstalten. Preis für
ganz Preußen: 25 Sgr. vierteljährlich.

Joseph Moyer in Berlin, Hellweg 7.

Im Verlage von Louis Lipski in Wollin erscheinen
und werden zum Abonnement empfohlen:

Immanuel.

Volkssblatt für lutherische Gemeinden.

Verantwortlicher Redacteur: Pastor Zöller.
Das Blatt vertritt die Interessen der freien lutherischen
Gemeinden in Preußen in entschiedener Weise und erfreut
sich eines über die Grenzen Preußens hinausgehenden
bedeutenden Leserkreises. — Erscheinen: alle 14 Tage in
einem halben Bogen Quart. Abonnementspreis bei allen
Postanstalten pro Quartal 5 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Wolliner Dampfboot.

Anzeiger für Wollin,

Wisdroy und die nächsten Kreise.

Das Blatt wird besonders dem inserirenden Publikum
zur zweckmäßigen Verbreitung von Anzeigen auf der
Insel Wollin empfohlen. — Insertionspreis pro Corpus-
Zeile 1 $\frac{1}{2}$ Sgr. Abonnementspreis bei der Post pro Quartal
10 $\frac{1}{2}$ Sgr. — Erscheinen Mittwoch und Sonnabend.

Post-Weekendblatt.

Organ für Post- und Telegraphen-Beamte.

Redacteur: W. Henkel in Cammin.
Erscheint jeden Freitag in einem halben Bogen groß
Quart. Abonnementspreis pro Quartal 10 $\frac{1}{2}$ Sgr.

28. Auflage.

Motto: „Manneskraft erzeugt Muth und Selbstvertrauen!“

DER PERSÖNLICHE Schutz.

28. Auflage.
In Umschlag verriegelt.

Aerztlicher Rathgeber
in allen geschlecht-
lichen Krankheiten, na-
mentlich in Schwäche-
zuständen etc. etc.
— Herausgegeben von
Laurentius in Leipzig.
28. Aufl. Ein starker
Band von 232 Seiten
mit 60 anatomischen Ab-
bildungen in Stahlstich.

— Dieses Buch, besonders nützlich für junge Männer,
wird auch Eltern, Lehrern und Erziehern anempfohlen,
und ist fortwährend in allen namhaften Buch-
handlungen vorrätzig. In Danzig **Léon Saunier**.
28. Aufl. — Der persönliche Schutz von Laurentius
Rthlr. $\frac{1}{3}$ = fl. 2. 24 kr.

Ueber den Werth und die allgemeine Nützlichkeit
dieses Buches noch etwas zu sagen, ist nach
einem solchen Erfolge überflüssig.